

Deutschlandradio Kultur

Deutschlandradio Kultur – Interview

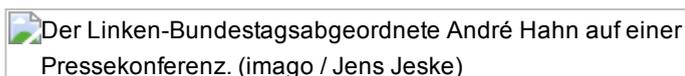
28.06.2016 12:15 Uhr

URL dieser Seite: http://www.deutschlandradiokultur.de/linken-politiker-hahn-zur-bnd-reform-aushebelung-der.1008.de.html?dram:article_id=358586

LINKEN-POLITIKER HAHN ZUR BND-REFORM

"Aushebelung der parlamentarischen Kontrolle"

Moderation: Anke Schaefer und Christopher Ricke

 Der Linken-Bundestagsabgeordnete André Hahn auf einer Pressekonferenz. (imago / Jens Jeske)

Der Linken-Bundestagsabgeordnete André Hahn. "Es kann überhaupt keine Rede davon sein, dass man den BND einschränkt." (imago / Jens Jeske)

Die geplante Reform des Bundesnachrichtendienstes ist für den Linken-Politiker André Hahn eine Farce. Er kritisiert vor allem die geplante Einsetzung zweier Richter und eines Bundesanwalts am Bundesgerichtshof: "Wenn die Bundesregierung sich ihre Kontrolleure selbst aussucht, dann halte ich das Ganze für fragwürdig."

Der stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums, André Hahn (Die Linke), hat den vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf für ein neues BND-Gesetz scharf kritisiert. "Ich sehe darin eine Aushebelung der parlamentarischen Kontrolle", sagte Hahn am Dienstag im Deutschlandradio Kultur.

Der Linken-Politiker wandte sich insbesondere gegen die geplante Einsetzung zweier Richter und eines Bundesanwalts am Bundesgerichtshof: "Wenn die Bundesregierung sich ihre Kontrolleure selbst aussucht, dann halte ich das Ganze für fragwürdig."

Es sei zu bezweifeln, dass die Richter mehr zu sehen bekämen als die jetzt gewählten Abgeordneten. Vielmehr finde das Ganze dann "noch mehr im Vertraulichen, noch mehr im Geheimen" statt. Es sei das eingetreten, was die Abgeordneten immer befürchtet hätten:

"Anstatt dass man dem BND klare rechtliche Grenzen aufzeigt und Grauzonen beseitigt, soll nun fast alles nachträglich gesetzlich legitimiert werden, was sich im NSA-Untersuchungsausschuss als unzulässig, als rechtswidrig, mindestens aber fragwürdig herausgestellt hat."

Als "entscheidenden Punkt" bezeichnete Hahn die mögliche Auspähung von EU-Institutionen. Ursprünglich sollte in dem Gesetz geregelt werden, dass dies unzulässig sei. Nun aber sei es erlaubt, wenn die Handlungsfähigkeit Deutschlands gewahrt werden solle: "Das ist eine dermaßen auslegbare Gummiregelung, dass das keine wirkliche Einschränkung ist."

Hahns Fazit: "Es kann überhaupt keine Rede davon sein, dass man den BND einschränkt."

Mehr zum Thema

[Geheimdienst auf Kuschelkurs - Ein BND-Chef zum Anfassen](http://www.deutschlandfunk.de/geheimdienst-auf-kuschelkurs-ein-bnd-chef-zum-anfassen.862.de.html?dram:article_id=343204) [http://www.deutschlandfunk.de/geheimdienst-auf-kuschelkurs-ein-bnd-chef-zum-anfassen.862.de.html?dram:article_id=343204]

(Deutschlandfunk, DLF-Magazin, 21.01.2016)